

tel gegen die
politik.

Erfurt, 9. Oktober.
Transportkardes
wurde Abgeordn-
als Parteivorstand
Bericht lagte er
Laten von der Re-
Autorität. Die Re-
eraten, wenn sie
politischen Fragen
wolle den Schutz der
Rentabilität der
die durch eine
die den Abwehr-
die deutsche Ausfuhr
sparte habe wieder
nmen mit den

er Stimmen-
DAP.

hen), 9. Oktober.
n Stadtverordneten-
mit 64 Prozent weit
wähl (94 Prozent)
hatten. 88 Prozent
im Jahre 1929 = 78
me abgegeben. Bei
S D P 483 Stim-
1074, bei der letzten
Verordnetenwahl im
D. 598 (gegen 898
die Einheits-
le. Deutsche Volks-
schonlich aus Jen-
w. 944), SPD. 170
istlich. Sozialf.
in Mandaten er-
und der Wahl von
Einheitsliste 4 (2).

fahren
mantel.

stin, 9. Oktober.
des Staatssekretärs
visor Lachmann
Stelle erklärt, daß
tanden sei und
die Alten prüfen
gen zur Einleitung
gegen Dr. Weiss

er achten
startet.

stin, 9. Oktober.
22.44 Uhr unter
u seiner achten
namenco ge-
zwölf Passagiere,
ndenburg vom
Generaldirektor
ter vom Reichs-
telle, der Sieger
Von Pernambuco

mord.

ze ermordet.
erg, 9. Oktober.
von einem Motor-
Berlin ein obli-
ntraftwagen
Wagens lag der
anowiki aus
abgedeckt. Die auf
gros herbeigeeilte
auf. Bei der Um-
Hinterkopf eines
einen Raubmord.

d anerkannt

tel, 9. Oktober.
nationale hat nach
Helmz zugeföhrt
Professors Wicard
legt: 1. absolut
Börsenreform (Vol-
als vier Rubit

ten.

g, der zurzeit in
den denotierenden
nur an einigen
kannt, daß er in
en der Zentrums-
hat der Komman-
Heimanns-
wangsweise seinen
erlaubt war, dem
ter, Dr. Bracht,
st. Diefem Ab-
, doch ließ die

ration des
in einem Antrag,
die sogenannte
gangen (offiziell-
habe, aufgegeben
sches zu den Ver-

Künftiger Angehöriger des
Landratsamtes Hordern,
von Bürgermeisteramt
und Wemtern des Kreises
Borken.

Schlichter Kellern:
Borken, Kellernstr. 14.
Fernsprech. Sammel-Nr.
3064. — Rede: Jol
Heinrichs. — Anhalt:
W. Hoffing. — Wirth:
Th. Baras. — J. J. J.
burg: Johann Welling.
Klingenberger. Schme-
derbe. — Dingden:
Willy Schmitz.
Organ
des Zentrumspartei.

Polizeiinspektor:
Dortmund.

Rheider Druckszeltung.

Bocholter-Borkener

Volksblatt

Rundliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken.

Bocholter u. Borkener Zeitung.

Verleger:
Bocholt.

Verleger:
Bocholt.

Verleger:
Bocholt.

Nummer 282

Dienstag, den 11. Oktober 1932

Jahrgang 1932

Die Reise des Kanzlers nach München.

Von unserer Berliner Redaktion.
× Berlin, 10. Oktober.

Reichskanzler von Papen ist heute abend in Begleitung des Staatssekretärs Brand, des Ministerialdirektors Marls und des Ministerialrates Pust nach München gereist, um der bayerischen Regierung einen offiziellen Staatsbesuch abzustatten. Am Mittwoch mittag hält der Reichskanzler vor dem Verband der bayerischen Industriellen eine Rede.

Der Inhalt der Besprechungen, die der Reichskanzler mit der bayerischen Regierung haben wird, liegt in allen wesentlichen Punkten vornehmlich fest. Es gilt der Frage der Reichsreform und des Verhältnisses des Reichs zu den Ländern. Daß der Kanzler für die Unterredung bereits einen fest umrissenen Entwurf nach München mitgebracht hat, ist nicht anzunehmen, da bekanntlich die Vorarbeiten im Reichsministerium des Innern noch in vollem Gange sind. Andererseits hat aber auch die bayerische Regierung von sich aus zur Frage der Reichsreform Stellung genommen und gewisse Vorarbeiten durchgeführt, die sie natürlich in der Unterredung mit dem Reichskanzler von Papen zur Geltung zu bringen versuchen wird. Es wird sich bei der Unterredung also in erster Linie um den Versuch handeln, ob und in wie weit sich zwischen den Auffassungen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung eine Übereinstimmung erzielen lassen kann. Da die beiderseitigen Pläne in manche Fragen parallel gehen, so ist die Herstellung dieser Übereinstimmung in einigen Punkten durchaus im Bereich des Möglichen. Eine der wesentlichen Fragen aber ist, wie die Frage der Verfassungs- und Reichsreform durchgeführt werden soll. Die Reichsregierung hat sich über diese Frage im wesentlichen ausgesprochen, wenn gleich ihre deutschnationalen Freunde sich nicht gleich einig sind, den Entwurf zu erneuern, daß sie bestehen könnte, auf nicht streng verfassungsmäßigen Wege ihr Ziel zu erreichen. In diesem Punkte aber dürfte die Reichsregierung auf sehr entschiedenen Widerstand sowohl der bayerischen Regierung als auch der übrigen süddeutschen Länder stoßen. Mit nicht mißzuverstehendem Nachdruck ist von ihnen immer wieder betont worden, daß unbedingte Voraussetzungen für jede Verfassungsreform die Einhaltung des normalen Weges ist und daß kein Weg gegangen werden darf, der mit der Verfassung in Widerspruch steht.

Es würde aber falsch sein, wenn man glauben wollte, daß Reichskanzler von Papen und mit ihm die Reichsregierung lediglich darauf bedacht wären, die Auffassung der bayerischen Regierung kennen zu lernen. Die Reichsregierung wird sich bemühen, selber zu gewinnen, zumal die Aussichten mit dem Reichstag auch in seiner neuen Zusammenfassung zu einer den Wünschen der Reichsregierung entsprechenden Lösung der Reichsreformfrage zu kommen, äußerst gering sind. Aus dieser Feststellung ergibt sich auch die weitere Folgerung, daß man kaum damit wird rechnen können, daß die Münchener Reise des Reichskanzlers von Papen bereits greifbare Ergebnisse zeitigen wird. Man darf ohne weiteres annehmen, daß sich die bayerische Regierung nicht bellegen läßt, sondern sich für die Zeit nach den Reichstagswahlen alle Möglichkeiten offen halten wird. Die Zurückhaltung der bayerischen Regierung und die der übrigen süddeutschen Länder ist umso eher zu erwarten, als Reichskanzler von Papen erst am vergangenen Sonntag nach der Uraufführung eines Stahelhelm-Films eine Ausrufung getan hat, in der er sich mit den politischen Bestrebungen und Zielen des Stahlhelms identifiziert.

Keine Gehaltskürzung angeregt?

× Berlin, 10. Oktober.

Zu dem Schreiben des mecklenburgischen Ministerpräsidenten Granzow an die Finanzminister der Länder bezüglich einer Kürzung der Beamtengehälter wird aus Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, erklärt, daß vom Reich eine derartige Gehaltskürzung nicht geplant sei. Einzelne Länder seien zwar an die Reichsregierung mit dem Wunsch herangetreten, die Gehälter zu kürzen, doch seien diese Erfuchen von der Reichsregierung abgelehnt worden. Sie habe auch keine generelle Anregung zu Gehaltskürzungen an die Länder gegeben.

Siehnach müßte sich der mecklenburgische Ministerpräsident seine Behauptung aus den Fingern gefogen haben. Derartige sollte bei einem Ministerpräsidenten nicht vorkommen. Man wird abwarten müssen, was er zu dem vorstehenden Dementi zu erklären hat.

Nur NSDAP. und KPD.

im Auswärtigen Ausschuss?

× Berlin, 10. Oktober.

Wie das Nachrichtenbüro des Reichstags, wird sich das Zentrum an den Beratungen des Auswärtigen

Der Prozeß gegen das Reich.

Einstweilige Verfügung gegen weitere Beamtenernennungen durch die kommissarische preussische Regierung? Endung von Papens, Hitlers und von Gleichens als Zeugen beantragt. / Die Sensation: Severing soll den Reichskommissar für Preußen gefordert haben. / Offenbar Verwechslung mit einem Polizeikommissar für Norddeutschland.

Die Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof.

× Leipzig, 10. Oktober.

Unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Summe begann heute vormittag die Verhandlung der Klage gegen das Reich, die die Länder Preußen, Bayern und Baden und die Zentrums- und sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages angestrengt haben. Es handelt sich bekanntlich um das Verfahren, daß das größte deutsche Land in Gang gebracht hat, wegen der vom Kabinett von Papen gegen Preußen verhängten Exekution vom 20. Juli.

Schon längere Zeit vor dem auf 10.30 Uhr angelegten Verhandlungstermin im Prozeß gegen das Reich waren die Zuhörerplätze des Hauptsaales des Reichsgerichts ziemlich besetzt. Unter dem Auditorium bemerkte man führende Juristen und Staatsrechtler aus allen Teilen des Reichs.

Um 10.45 Uhr betrat Reichsgerichtspräsident Dr. Summe den Verhandlungssaal.

Dem Richterkollegium gehören außer dem Reichsgerichtspräsidenten Dr. Summe als Vorsitzenden noch an als Beisitzer: Die Reichsgerichtsräte Schmidt (Berichterhalter), Tiedel, Dr. Schmaltz sowie die Oberverwaltungsgerichtsräte Dr. v. Müller-Berlin, Dr. Gumbel-München und Dr. Striegler-Breslau.

Der Reichskanzler ist als Reichskommissar für Preußen nicht erschienen, die kommissarische Regierung hat ebenfalls keinen Vertreter entsandt.

Die Sitzung wurde um 10.50 Uhr durch den Reichsgerichtspräsidenten eröffnet. Auf die Erklärung des Ministerialdirektors Dr. Gottheiner, daß Reichskanzler von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar nicht vertreten sei, beantragte Ministerialdirektor Dr. Bracht, ohne eine solche Vertretung zu verhandeln. Der Vorsitzende befiel sich vor, den Staatsgerichtshof über diese Frage besonders beschließen zu lassen.

Dr. Schacht Reichskommissar für das Bankwesen?

Ein wirklich unbegründeter
Personalwechsel.

× Berlin, 10. Oktober.

Wie die Telegraphen-Union erzählt, schweben Erwägungen darüber, dem Reichsbankpräsidenten a. D. Dr. Schacht, der am Montag abend aus London zurückkehrt, mit der Funktion eines Reichskommissars für das Bankwesen zu betrauen. Ob dies in der Form geschehen soll, daß Dr. Schacht den Posten des jetzigen Reichskommissars übernimmt oder in anderer Form steht noch nicht fest. Jedenfalls würden seine Zuständigkeiten gegenüber denen des in der Rotverordnung vom 21. September 1931 geschaffenen Reichskommissars eine Erweiterung erfahren. So erwägt man u. a. auch eine stärkere Einflußnahme des durch Dr. Schacht zu übernehmenden Auftrags auf das in der genannten Rotverordnung geschaffene Kuratorium für das Bankwesen.

Die Empfehlung, mit der aus unbekannten Quellen Dr. Schacht als Anwärter auf verschobene Posten genannt wird, muß umso mehr überraschen, als gerade der Posten

alsdann nahm der Berichtshalter, Reichsgerichtsrat Schmidt, das Wort zur Darstellung des Sachverhalts.

Im wesentlichen läßt sich der bereits im schriftlichen Vorverfahren vom Reich dargelegte Standpunkt dahin zusammenfassen, daß die Anträge teils als unzulässig, teils als unbegründet zurückzuweisen seien. Insbesondere wird die Aktivlegitimation der SPD und der Zentrumsfraktion bestritten. Das Ermeßen des Reichspräsidenten stelle nicht ein Verwaltungsmeßen dar. Das erweiterte Nachprüfungsrecht des Staatsgerichtshofes sei im vorliegenden Fall nicht gegeben.

Die Antragsteller machen demgegenüber geltend, daß subjektive Gutgläubigkeit die Möglichkeit der Ermeßensüberbreitung nicht ausschließe.

Das Reich stellt weiter fest, daß Amtsenthebungen nicht vorgenommen worden seien. Eine Suspendierung Brauns und Severings sei ursprünglich nicht beabsichtigt gewesen. Im übrigen sei nur eine Anzahl politischer Beamten in den einstweiligen Aufstand verlegt. Alle übrigen Ernennungen hielten sich im Rahmen der laufenden Verwaltungsgeschäfte, die Abbaumassnahmen aber im Rahmen der Sparnotverordnung. Die Anträge der ehemaligen preussischen Minister werden wegen Unzulänglichkeit des Staatsgerichtshofes zurückgewiesen. Vor allem wird Einspruch dagegen erhoben, daß der Klageantrag ausgedehnt werde auf den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar. Die Anträge Bayerns und Badens seien hinsichtlich mangels Vorliegens eines Rechtsstreites mit diesen Ländern. Die Länder wenden demgegenüber ein, daß sie ein Interesse an rechtzeitiger Klärung der verfassungsrechtlichen Sachlage bezüglich der Reichsintervention hätten.

Nach dem mehr als einstündigen Referat des Berichtshalters gab der Vorsitzende

eine Erklärung, in der er sich mit aller Schärfe gegen die in der Definitivität zu Tage tretenden Vorwürfe, der Staatsgerichtshof habe die Verhandlung verweigert, verwehrte. Nach seiner Auffassung sei von allen Seiten mit äußerster Kraft gearbeitet worden; was die Sache so lange aufgehoben habe, sei die Schwierigkeit der Materie.

Es sei nicht die Aufgabe des Staatsgerichtshofes, darüber zu entscheiden, ob die Geschäfte, die hier angefochten werden, politisch rechtmäßig oder politisch heilam gewesen seien; der Staatsgerichtshof habe lediglich darüber zu entscheiden, ob sich die Ereignisse im Rahmen der Verfassung gehalten haben.

Der Vorsitzende entwidmete dann das Verhandlungsprogramm. Zunächst soll die Hauptsache geprüft werden: Welches war die tatsächliche Lage am 20. Juli, und worauf konnte sich die Annahme stützen, daß gegen Preußen vorgegangen werden mußte, wie vorgegangen worden ist? Welcher Zustand ist durch die Verordnung vom 20. Juli und ihre Ausführung in Preußen geschaffen worden? Wie sehen die Beteiligten die Stellung des Reichskanzlers als Kommissar für Preußen an? Wird der Reichskanzler in seiner Eigenschaft angesehen als reine Reichsstelle oder auch zugleich als eine preussische Stelle? Wie ist die Rechtslage der

ihrer Kerner entzogenen preussischen Staatsminister zu beurteilen?

Haben wir, fuhr der Vorsitzende fort, diese Fragen erledigt, dann können wir uns der Besprechung des Artikels 48 zuwenden.

Vor Eintritt in die Verhandlung über den erwähnten ersten Punkt erhielt der Hauptsprecher der preussischen Delegation, Ministerialdirektor Dr. Bracht, das Wort zu einer Erklärung, in der er betonte, daß Preußen keinen Angriff gegen den Herrn Reichspräsidenten richten wolle. Die Klager bestritten jedoch auf das entschiedenste die Richtigkeit der Informationen, die dem Reichspräsidenten gegeben worden seien, die Richtigkeit der Auslegung der Verfassung, die man ihm vorgetragen habe. Gegenstand der Klage sei lediglich die rechtliche Zulässigkeit des Vorgehens der Reichsregierung.

Zweck der Klage sei vor allem die Befreiung Preußens von dem aus tiefer fränkenden Vorwurf, daß Preußen seine Pflicht nicht erfüllt habe.

Die preussischen Minister stellten ihre Person dabei vollständig zur Verfügung.

Im Namen der bayerischen Regierung gab Staatsrat Jahn die folgende Erklärung ab: Der Sinn der bayerischen Klage ist ein durchaus anderer als der Sinn der preussischen Klage. Die bayerische Klage richtet sich nicht unmittelbar auf die Verordnung vom 20. Juli; sie richtet sich nicht auf die Vergangenheit, sondern in die Zukunft. Es kommt darauf an, im bundesfreundlichen Sinne die Grundlage für die zukünftige Anwendung des Artikels 48 zu finden.

Für die bayerische Regierung gab Ministerialdirektor Dr. Bracht eine ähnliche Erklärung ab.

Der Standpunkt Drenkens.

Ministerialdirektor Dr. Bracht

Das Wort zur Erörterung der Vorgänge vom 20. Juli, Einleitend führte er aus:

Seit den Septemberwahlen 1930 besteht eine eigenartige Krise im deutschen Parlamentarismus, nicht nur in Preußen, sondern auch im Reich und in anderen Ländern. Die Krise im Parlamentarismus ist zunächst eine Krise des parlamentarischen Lebens, ist auf die gesunkenen Wahlerfolge der NSDAP zurückzuführen. Nach parlamentarischen Regeln war es an sich erzwungen, die NSDAP an die Regierung zu lassen; nicht nur aus Gründen der Ritterschick, sondern weil in dem Zwang zur Verantwortung der tiefste Sinn des parlamentarischen Systems liegt. Aber es bestand ernster Zweifel an der legalen Ausübung der Macht durch die NSDAP, die selbst verlangte: Alles oder nichts. Das Problem, ob man unter diesen Umständen der NSDAP die staatliche Macht in die Hand geben kann, ist seit zwei Jahren und noch heute das große Problem der inneren Politik. Eine Weizsäcker hat die NSDAP wieder im Preussischen Landtag noch im Reichstag. Wähler haben alle verantwortlichen Stellen als abgelehnt, der NSDAP als Minderheit die entscheidende staatliche Macht in die Hand zu geben; das haben abgelehnt der Herr Reichspräsident und der Reichskanzler Brüning im September 1930 bis Mai 1932, der Preussische Landtag vom Frühjahr 1932 bis heute, der Herr Reichspräsident und Reichskanzler von Papen bis August, und nochmals Ende August. Die Aenderung der Haltung gegenüber den Nationalsozialisten in einem Augenblick höchstentscheidender Zustände habe in Preußen zu einer neuen Vernehmung politischer Gewalttaten geführt. Wenn die Reichsregierung der Meinung sei, daß an die Stelle der feindlichen Betätigung der NSDAP eine politische, psychologische Einwirkung müßte, so könnten die Länder sehr leicht anderer Meinung sein.

Dr. Bracht gab hierauf eine sehr ins einzelne gehende Darstellung der Vorgänge bei der Amtsenthebung. Er betonte dabei, daß weder Staatssekretär Weizsäcker noch die Staatssekretäre des Reichsinnen- und Reichsjustizministeriums vorher um ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit des Vorgehens erfragt worden seien. Dr. Bracht bestritt dann eine innere Abhängigkeit der Preußenregierung von der NSDAP. In der Besprechung vom 20. Juli in der Reichskanzlei, als Braun und Severing für abgelehnt erklärt wurden, hätten die Vertreter des Reichs auf wiederholte Fragen nach den einzelnen tatsächlichen Gründen lediglich mit einem Aufgelassen geantwortet. Erst am 5. August, mehr als zwei Wochen nach der Ablehnung, seien dann tatsächliche Vorwürfe erhoben worden. Dem damaligen Staatssekretär im preussischen Innenministerium, Abegg, sei unterstellt worden, er hätte den Kommunisten erklärt, sie möchten Terrorakte vornehmen, sie aber auf eine bestimmte Weise verfahren. Diese Unterstellungen seien noch nicht zurückgenommen worden, obwohl sie eine völlige Verdröhung darstellten. Jeder der Staatssekretär Abegg kenne, wisse, daß dieser seit 1925 im Staatsdienst beschäftigt Mann seine ganze Kraft für die Aufrechterhaltung der Ordnung und den Ausbau der Sicherheit eingesetzt habe. Dr. Bracht erinnerte daran, daß Grisebach als preussischer Innenminister das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchgeführt, und daß Severing als damaliger Reichsinnenminister dafür eintrat, daß dieses Verbot auf das ganze Reich übernommen würde.

Dr. Bracht erklärte dann,

daß die Reichsregierung erst nachträglich durch einiges Durchsuchen der Akten und Ausfragen von Beamten über ihre bisherigen Vorgehens nach einige weitere Vorwürfe gegen Preußen habe feststellen lassen. Diese Betätigung der Beamten, die unter dem Druck der Entlassung gehalten hätten, triffterte Dr. Bracht als einzig dastehend in der deutschen Geschichte.

Nach der Mittagspause wünschte Ministerialdirektor Dr. Bracht seine Ausführungen abzuschließen mit einem

Aus der Heimat.

Zum Obstmarkt in Bocholt.

m. Bocholt, 11. Oktober. Der Kreisobstbauverein im Kreise Borken-Bocholt veranstaltet am Sonntag, dem 15. Oktober 1932, in Bocholt im Saale des Arbeitervereins St. Paulus den ersten Obstmarkt. Hier werden die verschiedensten Dauerfrüchte in Kisten und Körben in sorgfältiger Sortierung und Verpackung zur Schau gestellt. Vertreten sind hier aus der näheren und weiteren Umgebung von Bocholt Landwirte und Gartenbesitzer, die mit ihren Erzeugnissen den Beweisen liefern, daß deutsches Obst in tadelloser Ware vorhanden und geliefert werden kann. Größere und kleinere Mengen Obst kommen zur Ausstellung, das in der Halbjahreszeit der Monate Oktober bis Mai umfasst. Es bietet sich Gelegenheit ganz nach Wunsch kleine und größere Packungen in den einzelnen Sorten zu erwerben und damit den Bedarf des Haushalts für den kommenden Winter zusammen zu stellen.

Mit dem Obstmarkt, der in den verschiedensten Sorten Äpfel und Birnen zeigt, ist auch ein Verkauf von Honig verbunden, den der Imkerverein Bocholt zur Ausstellung bringt.

Jedem Obstliebhaber und Verbraucher, der Wert auf haltbares, sortiertes deutsches Obst legt, wird geraten, bereits am Freitag, dem 14. Oktober, nachmittags von 2-5 Uhr eine Besichtigung der Ausstellung vorzunehmen. Es bietet sich dann Gelegenheit, die Reichhaltigkeit der Lieferung und die Qualität des deutschen Obstes kennen zu lernen. Der Verkauf beginnt am Sonnabendmorgen.

Eht nur deutsches Obst!

Steuern sind fällig!

a. Bocholt, 11. Oktober. In einer Bekanntmachung der Stadtkassaphil in der Sonntagsnummer wurde darauf hingewiesen, daß die Termine für Zahlung der Steuern im Monat August fällig seien. Es mußte hier selbstverständlich Oktober heißen.

Von der Post.

p. Bocholt, 11. Oktober. Alle Postkarten mit eingebundener Freimarke zu 8 Pf., verlieren Ende November 1932 ihre Gültigkeit. Nicht verbrauchte Karten können im Monat Dezember 1932 bei den Postanstalten gegen Freimarken oder Postkarten zu 6 oder, wenn es sich um Postkarten mit Antwortkarte handelt, zu 12 Pf. umgetauscht werden.

Neue Gebührenordnung des Städt. Schlachthofes.

a. Bocholt, 11. Oktober. In unserer heutigen Nummer veröffentlichten wir die neue Gebührenordnung des städtischen Schlachthofes, die nach Annahme durch die Stadtkassaphil und nach Genehmigung durch den Bezirksausschuß Münster nunmehr in Kraft tritt.

Erste Warnung zur Außenhandelspolitik.

Ein Telegramm der Handelskammer.

§ Bocholt, 11. Oktober. Der Zweverband der nieder-rheinischen Industrie- und Handelskammern (Duisburg-Wesel, Gladbach-Rheinl.-Neuß, Krefeld) richtete an den Herrn Reichstagspräsident von Papen das nachstehende Telegramm:

„Mit ernster Sorge verfolgt der Zweverband der nieder-rheinischen Industrie- und Handelskammern (Duisburg-Wesel, Gladbach-Rheinl.-Neuß, Krefeld) den Gang der deutschen Außenhandelspolitik. Nach langer Zeit zum ersten Mal ist aus den Wirtschaftskreisen des nieder-rheinischen Wirtschaftsgebietes der lähmende pessimismus verschwunden, finden sich an einer Reihe von Stellen Anzeichen einer gewissen Belebung, drückt sich die Stimmung auf eine allmähliche Entspannung der Lage aus. Nicht zuletzt hat dazu der in dem Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung getretene, gerade auch vom Zweverband vom ersten Augenblick an nachdrücklich anerkannte Wille zum Handeln mit dem Ziel einer entschiedenen Milderung der Arbeitslosigkeit beigetragen. Diese hoffnungsvollen Ansätze sind gefährdet, wenn sich der deutsche Markt der Weg in die Isolation des Ruhenlandes versperrt. Gerade dem nieder-rheinischen Gebiet, in dem die Wirtschaftskrisen und die damit verbundenen Gewerbe-Tausenden von Arbeitern heute noch Brot geben, wird durch eine weitere auf sich greifende Abschwächung der deutschen Produktion im Ausland ein schwerer Schlag zugefügt, die Arbeitslosigkeit entgegen dem so freudig begrüßten Grundgedanken der Regierungsprogramme nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Auch der deutschen Landwirtschaft, deren Notlage der Zweverband stets anerkannt hat, ist letzten Endes nicht damit gebietet, daß die Kaufkraft des stärksten Verbrauchsgebietes in Deutschland noch weiter geschwächt wird.“

75 Jahre Anholt'scher Rektoratschule.

Von Dr. J. J. J. J.

Die Anholt'sche Rektoratschule wurde am 12. Oktober 1857 eröffnet. Sie bildet also in diesem Jahre auf ihr 75jähriges Bestehen aus.

Nach außen hin fast unbekannt, hat sie still und treu ihre kulturelle Aufgabe in dieser langen Zeit erfüllt; sie bedeutet für den engen Kreis, den ihr Wirken erfüllen konnte, Bildung, Aufsteigsmöglichkeit; erst durch ihr Bestehen wurde einer großen Zahl von Anholts Söhnen und Töchtern aus der Nachbarschaft der Weg zu den Lehrern in Kirche und Staat gebahnt. So mag es angebracht sein, zu ihrem 75. Geburtsfest einen Blick auf ihre Gründung zu werfen und ihrer fruchtbaren Tätigkeit ein Wort dankbaren Gedankens zu sagen.

Die Anholt'sche Rektoratschule ist eine Gründung der katholischen Kirchengemeinde, und bis heute hat sie — wenn auch unter etwas veränderten Verhältnissen — ihren alten Charakter bewahrt. So kann die katholische Kirchengemeinde das Verdienst in Anspruch nehmen, einer kleinen Stadt wie Anholt durch 75 Jahre lang eine höhere Bildungstätte gegeben und — gelte weise unter schweren Opfern — erhalten zu haben.

Die erste Anregung zur Gründung einer Rektoratschule in Anholt ging schon von der königlichen Regierung in Münster aus. Im Sommer 1850 hatte eine Kommission der Anholt'schen Volksschulen festgestellt, der Rektionsbericht, der damals an den Anholt'schen Schulvorstand seitens der Regierung gelangte, rühmt in anerkennenden Worten die ausgezeichneten Schulverhältnisse Anholts und regt im Anschluß daran die Gründung einer Rektoratschule an. In dem Regierungsschreiben heißt es u. a.: „Der ausgezeichnete Zustand, worin sich nach den Berichten unseres Herrn Schulrats die Schulen der Stadt Anholt befinden, sowohl was die äußeren Verhältnisse derselben, als was das Innere derselben hinsichtlich der Kenntnisse der Schüler und Schülerinnen, der Zucht und Ordnung der Schule betrifft, welches durch das pädagogische Wirken des Rektors unter der verständigen und ausgezeichneten Leitung des Pfarrers und Schulinspektors Breymann die befriedigendsten Resultate gezeigt hat, veranlaßt uns, dem Schulvorstand unsere besondere Zufriedenheit und Anerkennung auszusprechen.“ Dieser rühmliche Zustand der Elementarschulen der Stadt Anholt veranlaßt ferner, den Schulvorstand in Verbindung mit dem Magistrat auf einen Wunsch mehrerer Eingekerkerten darauf aufmerksam zu machen und zur Beförderung Ermüdung anzuheben.

Konsumgenossenschaft „Eintracht“, e. G. m. b. H., Bocholt.

Vier Frauenverfassungen. — Reichstagsabg. S. H. (Köln) sprach im Arbeiterheim.

Bocholt, 11. Oktober.

Aus Anlaß der 7. deutschen Verbraucherversammlung des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine vom 2. bis 9. Oktober fanden verschiedene Frauenverfassungen, verbunden mit gemeinschaftlicher Kaffeestunde, statt. In Bocholt selbst fanden vier dieser Versammlungen statt, die alle einen guten Besuch aufwiesen. In allen Versammlungen wurde die Devise der diesjährigen Verbraucherversammlung „Schafft Recht durch Selbsthilfe“ als Thema ausgiebig von den Herren Geschäftsführern Böbing und Kassen behandelt.

Sehr viel Unrecht haben gerade die unteren Verbraucherklassen durch falsche und ungetreue Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftsführung gewisser Kreise, sowie durch einseitige Zoll- und Verbrauchssteuerpolitik zugunsten einzelner Stände ertragen müssen. Während andere Stände für sich die genossenschaftliche Selbsthilfe in Anspruch nehmen, wird sie, wenn sich auch die breiten Verbraucherkreise ihrer bedienen, auf das schärfste bekämpft. 70 bis 80 Prozent der deutschen Bevölkerung sind Arbeitnehmer, Angestellte, Beamte und Arbeiter, die auch in diesem Krisenjahr ca. 28 Milliarden Reichsmark für ihre Lebenshaltung aufwenden. Nur 4 Prozent dieses Betrages wird von den Konsumvereinen erfasst und dabei schreit der Einzelhandel, die Konsumvereine ruinierten den Mittelstand. Wenn auch die Konsumvereine mit einem Schlag von der Bildfläche verschwinden würden, ginge es dem Einzelhandel um keinen Deut besser. Durch Überlieferung in diesem Stande, sowie durch das Vorhandensein der Großhandelsbetriebe, Warenhäuser, Einzelhandelspreisverhältnisse usw. würde auch dann eine Befreiung für den Einzelhandel nicht zu erwarten sein. Die Verbraucher würden dann aber erfahren, daß das Recht im Wirtschaftsleben am besten durch Selbsthilfe gewahrt wird.

Die Lage der „Eintracht“

Ist trotz der Wirtschaftskrise eine recht gute. Selbst im letzten Geschäftsjahr waren die Umsätze immer noch steigend. Auch die Vermögenslage der Genossenschaft ist mit einem Bestand von 56 000 RM. an offenen Reserven gut zu nennen. Alles Gerede von dem schlechten Stand der Genossenschaft dient nur dazu, die Mitglieder mißtrauisch zu machen und kommt von interessierter Seite. Überall wurde den Anholtsmitgliedern der Beifall ausgesprochen und versichert, weiterhin an dem Aufstieg der Genossenschaft, die jetzt 23 Jahre besteht, mitzuwirken, um durch Selbsthilfe Recht zu schaffen.

Am Freitag, dem 7. Oktober, fand eine Verbraucher- und Mitgliederversammlung im kath. Arbeiterheim St. Paulus statt, die gut besucht war. In dieser referierte

Reichstagsabgeordneter H. Schild vom Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln. In einflussigem Vortrag schilderte er die Lage der breiten Verbraucherklassen seit dem Kriege, die Zurücksetzung ihres Rechtes in der Praxis der Wirtschaft gegenüber anderen Ständen. Zahlenmäßig brachte er die Summen, die Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, besonders die Banken vom Staate zu einem großen Teil sogar als verlorene Kredite erhalten haben. Gerade diese Kreise, die die „Segnungen“ des Staates für sich reichlich in Anspruch nehmen, verlangen die Befreiung des sogenannten Wohlhabensstandes, wenn einmal die unteren Wirtschaftsklassen gleiches Recht fordern. Milliarden Reichsmark sind zur Sanierung, Stützung und als Kredite Banken und Wirtschaftsgesellschaften gegeben worden. Wenn die Konsumvereine einmal Rückzahlung der gezahlten Sonderumlagen fordern, um ihren Sparten auch ohne Schwierigkeiten helfen zu können, wird die Regierung dringend gewarnt, ja die „bösen“ Konsumgenossenschaften nicht zu unterstützen. Aus eigener Kraft haben diese ihre Leistungen in Bezug auf Rückzahlung von Spargeldern vollbracht, wie sie die Privatwirtschaft nicht aufweisen kann. Wenn auch einzelne Konsumgenossenschaften infolge der schwierigen Wirtschaftslage in Schwierigkeiten gekommen sind, sind diese nur Ausnahmefälle gegenüber 25 000 damit eigenen Risiko redeten und dabei ca. 187 Millionen Mark ihren Lieferanten schuldig blieben. Die Verbraucher haben das Mittel in der Hand, sich mehr Einfluss und Recht im Wirtschaftsleben zu verschaffen. Durch ihre Organisation, die Konsumgenossenschaft, kommt auch der Einzelne zur Mitbestimmung, Mitsprache und zum Mitsprechen in der Wirtschaft. Das Recht durch Selbsthilfe muß den Menschen wieder zum Mittelpunkt allen Wirtschaftens machen, das Gemeinwohl anstelle des Eigennutzes setzen. Der Einfluss der konsumgenossenschaftlichen Güterverteilung und Produktion ist schon heute, trotz des geringen Prozentsatzes an der Gesamtgüterverteilung, sehr groß und wird beständig, weil er im Gegensatz zur privatkapitalistischen Wirtschaftsauffassung steht. Das Recht der Selbsthilfe möchte man den Verbrauchern gern nehmen, während andere Stände, auch der private Einzelhandel, sich gern ihrer bedient. Nicht der Aufstieg eines Einzelnen genügt, sondern eine ganze Volksschicht, in diesem Falle die weitaus größte, kann bessere Verhältnisse und Recht in der Wirtschaft beanspruchen. Reicher Beifall lohnte den Redner für die interessanten Ausführungen. In der Diskussion berührte auch der Leiter der Versammlung, Herr Geschäftsführer Böbing, über die örtliche Lage sowie die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ und den guten Stand der „Eintracht“. Nach 1 1/2 stündiger Dauer wurde die Tagung geschlossen.

Bunter Abend zu Gunsten der Winterhilfe.

se. Bocholt, 10. Oktober.

Auch die Wiederholung des bunten Abends am Samstag brachte dem Quartettverein wiederum den schon bewährten selbstverständlichen Erfolg. Um es vorweg zu nehmen — es war argemäßig, weit gemittelt als am Samstagabend vorher. Doch lag dieses nicht an den Künstlern; denn diese haben am 1. Oktober zweifelslos ebenso gut gespielt wie diesmal — aber der Saal war nicht überfüllt, er war gut besucht — ein milderer Erfolg war nichts zu erbeden.

Den Haupterfolg trug wiederum der sich in brillanter Baune befindliche Konfessionier Henry Stout davon, der diesmal einen Bismarckorden erhielt, an dem der arme Kerl wohlrechtig genug zu schlemmen hatte. Immer wenn er auftrat, wurde er mit reichlich Vorbeugungsbedacht, die er sich auch reichlich verdient. Nach ihm gefolgt und bei ihm kommt man nicht aus dem Saal heraus. Wir werden bereits bei der Kritik über den vorigen Buntten Abend darauf hin, daß es für die Bocholter gewiß erfreulich wäre, wenn die Konferenz für den Buntten Abend des Westfälischen Rundfunks Herrn Henry Stout übertragen würde. Schade, daß nicht am Samstagabend ein Herr vom Rundfunk zugegen war, sonst wäre Herr Stout wohl vom Fleck weg engagiert worden.

Großen Applaus erhielten auch die Solisten. Da ist der Tenor Theo Ostendorf, der sich mit seinen Vokalen

wieder in die Herzen der Zuhörer hineinsang, so daß der Veranstalter von seinem Vortrag, seine Zugaben machen zu wollen, abgeben mußte. Der Wunsch des Publikums ist eben Befehl! Sehr gut gefiel auch Albert v. N. N. mit seinem „Tom der Reimer“. Von N. N. hat unsre Zeit eine sehr geschulte Stimme, doch ist es nun mal eben — sagen wir ruhig — die „Trogel“ der Bühne, daß das Volk Lachen haben will. Johann Böling, der wieder als Damenstimmenimitator auftrat, wußte auch dieses Mal wieder die Zuschauer munter und fabel zu machen. Ueber D. N. N. etwas zu sagen, erwidert sich wohl; denn er ist als der beste Komiker Bocholts bekannt. Sein „Wilhelm Tell“ hat ganz gewiß allen Besuchern gefallen. Weiter blieben noch zu erwähnen: Franz Tenbrock mit seinen Couplets, Otto Franke und Willy Grün mit ihren Vorträgen. Daß der Quartettverein unter der bewährten Leitung von W. Spickermann durch seine Liebesgaben sehr zu gefallen wußte, ist eigentlich selbstverständlich. In betagter Meisterkraft verlor schließlich die Kapelle Niemanns-Freilichs das Programm. Wie oft es nachher bei vielen wurde, darüber schweigt des Schreiers Höflichkeit.

Der Reinertrag aus dem bunten Abend kommt der Bocholter Winterhilfe zugute. Der Verein konnte somit als erster eine stattliche Summe der Winterhilfe zuwenden.

Nachfolger zu bestellen, da „in der Stadt das Bedürfnis nach einer Rektoratschule sich fühlbar machte, wo die Söhne der Eingekerkerten Gelegenheit fanden, sich bis zu einer gewissen Klasse höherer Lehranstalten vorzubereiten“. Dieser Mann wurde in Pater Friedrich Wierfeldt gefunden, der Kaplan in Dingen und vorher Konrektor in Kanten gewesen war. Mit großer Tatkraft und Umsicht leitete er die Gründung der Schule ein.

Am 10. Juni des Jahres 1857 erging ein gemeinsamer Aufruf des Pfarrers Wierfeldt und des Bürgermeisters Epplert, der zur Zeichnung freiwilliger Beiträge für die Errichtung der Schule einlud und zur Annahme von Schülern aufforderte. Es wurden 14 Knaben angenommen, die gezeichneten Beiträge erreichten aber nicht einmal die Summe von 100 Taler. Da also dieser Weg nicht gangbar war, wandte sich Pater Wierfeldt mit einem Schreiben an den Fürsten, in der wohlbedachten Überzeugung, daß nur mit Hilfe des Fürstlichen Hauses die Errichtung der Schule möglich sei. Er legte in seinem Gesuch die Vorteile einer Rektoratschule für die Stadt Anholt dar, dankte dem Fürsten für das Interesse an dem Plane und berechnete, daß sich die Kosten der Rektoratschule jährlich auf ungefähr 500 Taler belaufen würden, während am Schulgebäude von 15 Schülern (je 20 Taler) nur 300 Taler zu erwarten wären. Schon nach wenigen Tagen erwiderte der Fürst, daß es ihm zur besonderen Freude gereiche, ein so nützliches Institut wie die projektierte Rektoratschule ins Leben treten zu sehen, und daß er gerne bereit sei, zur Aufbringung des Planes beizutragen. Er sicherte den fehlenden Betrag von 200 Taler zunächst für fünf Jahre zu und bediet sich, dafür das Recht vor, freistellen für 3 Schüler in Anspruch zu nehmen.

Damit war zunächst die finanzielle Grundlage für die zu errichtende Schule geschaffen. Nun handelte es sich darum, ein Gebäude dafür zu finden. Auch hier zeigte Pater Wierfeldt die rasche Initiative, die diesen praktischen Mann auszeichnete. Schon seit Monaten stand er in geheimen Verhandlungen über den Ankauf eines Hauses, das nach Lage und Beschaffenheit sich für seine Zwecke vorzüglich eignete. Es war das sog. Rappert'sche Haus, an der Ecke des Marktes und der Hofenstraße gelegen, das heute noch die Rektoratschule beherbergt. Das Haus hatte früher einem Kaufmann Hermann Rabe zu Besatz gehört und war für 2500 Mk. im Wege der Substitution im Jahre 1847 auf den Gutsbesitzer E. Hagemann und den Kaufmann J. Boel Coben übergegangen, die beide es in ungeteilter Gemeinschaft besaßen. Von diesen erwarb der Kirchenvorstand laut notariellen Kaufvertrages vom 18. August 1857 das Haus für den Kaufpreis von 3200 Taler. Durch Beschluß des Kirchenvorstandes und mit Erlaubnis der bishöflichen Behörde wurde am 28. Dezember 1857 zur Zeichnung

Veretne und Veranstaltungen.

Kath. weibl. Jugend und Arbeiterinnenvereine. Man ruft uns nach Haminkeln. Wer geht mit? Wer ist schon so groß, daß er auf einige Stunden Kirmes verzichten kann? Wir wollen in Haminkeln unsere Sturmlieder singen: Christus rief uns und wir kamen. Die „Junge Garde“ ist immer bereit, Kämpfer zu sein für Gott und sein Reich. Hoffentlich genügt dieser Appell. Freitagabend bei schönem Wetter die despotische Abendwanderung.

Kreuzbund. Morgen (Mittwoch) ist der „Wibbel-Wend“. Fremde unserer Bewegung sind herzlich willkommen. Die Vertrauensleute können den „Volksfreund“ in Empfang nehmen.

Bocholter Volkskassette. Heute abend kann wegen Infandierung des Saales noch nicht getan werden. Am Freitag, dem 14. Oktober, ist der nächste Liebesabend.

Millionen Menschen in 40 Ländern der Welt trinken Kaffee Hag. — Auch Sie?

Morgen ist Ziehung.

Morgen Ziehung der Wohlhabens-Verlosung und Wirtschaff. 12 217 Gewinne i. W. v. 75 000 Mark. Alle Gewinne über 300 Mark auf Wunsch mit 90% in bar. Nur heute noch 2000 vom Preise von 1 Mark zu haben bei: Bödenhoff u. Jönkel (Nordstraße), Temming u. Heilborn (Nordstraße), Alois Ball (Osterstraße), Herm. Pottemer (Markt), Frau Teulens (Neue Straße).

Sport

8 Auch hier freiwilliger Arbeitsdienst. Wir teilten in dem Artikel „Eine Ringstraße vor den Toren Bocholts“, den wir am Sonntag veröffentlicht haben, mit, daß ein Teil dieser Ringstraße, der auf die Gemeindefeld Sport entfällt, im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes profitmäßig hergestellt werden soll. Es handelt sich um das Westfeld, das von der Grenze der Gemeinde Henden bis zur Süderwider Chaussee geplant und etwa 2100 Meter lang ist. Am gestrigen Montag hat man bereits mit den Arbeiten begonnen. Es werden 60 junge Leute beschäftigt, die zum Teil aus Bocholt sind. Vorläufig werden Rumekens und ähnlich vorbereitende Arbeiten vorgenommen. Als Geh- und Luftentlastungsraum, in dem die Arbeitsfreien gemeinsam das Mittagessen einnehmen, dient ein Raum in der alten Schule. Voraussichtlich dürfen die jungen Leute etwa drei Monate hier beschäftigt werden können.

Fiedern

— Vom Kriegerdenkmal. Als im Sommer das Kriegerdenkmal enthüllt wurde, hat mancher Teilnehmer die übliche Anlage mit Beeten, Blumen, Jerskräutern usw. vermischt und gepflanzt, daß das Denkmal in kurzer Frist nachgeholt würde. Diese Anlage ist jetzt fertig, aber anders, als mancher sie sich gedacht hat. — Wie schon das Denkmal etwas Eigenes ist in seiner Schlichtheit und Klarheit, so sind auch die neuen Anlagen entsprechend einfach und schlicht gehalten, ganz dem Charakter des Denkmals angepaßt. Ein gerader, von Steinplatten eingefasster Weg, der am Denkmal selbst zu einem vierseitigen Platz erweitert; inmitten dieses Platzes ist das Denkmal von einem immergrünen Kranz von Grün umgeben. Zu den Seiten des Weges breitet sich grüner Rasen aus, und das Ganze ist lieblich eingeflochten von einem Wald, das als Ehrenhain wirkt. So ruhig und einfach, ohne großen Prunk und Aufwand, aber von liebevoller Sorgfalt umgeben, möchte man sich wohl gern die Gräber der Gefallenen in fremder Erde vorstellen. Möge daher die neue Umgebung dazu beitragen, daß das Denkmal oft besucht werde, und daß die Erinnerung an unsere Toten immer wieder in uns auflebe.

Anholt

u. Jagdrabbi'schale. Am Sonntagvormittag wurde einem Kirchenbesucher das Jochrad, das er vor einer Wirtschaff unversehentlich aufgestellt hatte, gestohlen. — In der Nacht vom Sonntag auf Montag gelang es einem Dieb, ein Jochrad aus der Wirtschaff zu stehlen. Trotz eifriger Ermittlungen seitens der Polizei gelang es bislang nicht, die Jagdrabbi'schale aufzufinden.

für das Gebäude eine Bantofstation von 3000 Taler nebst 94 Taler Zinsen aus dem Vermögen der Kirchenbaukasse verwendet. Diese Summe sollte zu Kosten der Rektoratschule gehen und von ihr zu 2 1/2% verzinst werden. Um nun der Schule Mittel zu verschaffen, zunächst gewissens einen Teil des Kaufpreises der Kirchenbaukasse zurück zu erhalten, verließ der rührige Pater auf einen eigenartigen Plan. Er schickte für das bereits vom Kirchenvorstand gekaufte Haus eine Verlosung aus. Die Verlosungsliste umfaßte 320 Nummern, jedes Los zu 10 Taler. Der Gewinner mußte die Verpflichtung auf sich nehmen, das gekaufte Haus resp. die gewonnene Summe der verkauften Lose der katholischen Pfarrkirche von Anholt zu schenken; dafür sollte er für Lebenszeit und nach seinem Tode der Wirtschaff seiner Familie berechtigt sein, einen Knaben aus seiner Familie unentgeltlich die Schule besuchen zu lassen. Die Verlosung kam tatsächlich zustande. 142 Lose wurden abgesetzt, die fünfjährige Liste allein nahm 40 Lose. Das Los Nr. 132 gewann, für welches J. T. Benzel eingetragen steht. Das bishöfliche Generals-Bürokrat war, was sich allerdings erst nachträglich herausstellte, mit dieser Art des Hausverkaufs nicht ganz einverstanden. Von einer Verlosung und Wirtschaffung des Hauses im eigentlichen Sinne könne hier keine Rede sein, schrieb es im Dezember an Pater Wierfeldt. Es könne die Bedingungen nur dann genehmigen, daß dem Gewinner, den das Recht in Aussicht gestellt werde, solange die Rektoratschule bestehe, freien Unterhalt für einen Knaben zu erhalten. Doch die Bedenken kamen zu spät, die Angelegenheit war nach vollzogener Verlosung bereits erledigt. So war es also möglich, sofort der Kirchenbaukasse 1400 Mk. zurückzugeben, bis November 1860 waren 1730 Mk. zurückgeführt und im Laufe der Jahrzehnte gelang es, mit Hilfe des Fürstlichen Hauses die ganze Summe allmählich abzutragen.

Am August 1857 genehmigte die bishöfliche Behörde die Errichtung der Rektoratschule unter Leitung eines geistlichen Beauftragten. Sie wies darauf hin, daß auch die Genehmigung der bishöflichen Behörde notwendig sei; die der königlichen Regierung würde wohl am besten eingeholt werden, wenn der neue Beauftragte sei. Diese Genehmigung wies der Bischof bereits am 30. September desselben Jahres. Seminarprofiessor Johann E. Stroet aus Bremen wurde zum 1. Leiter der Anholt'schen Rektoratschule ernannt.

So konnte der Unterrichtsbetrieb am 12. Oktober 1857 seinen Anfang nehmen.

nachdem die nicht geringen äußeren Schwierigkeiten in kürzester Zeit glücklich überwunden waren.

(Fortsetzung folgt.)

Neuer SOS-Ruf nach Berlin.

Eine Eingabe der Reichsratsvertreter der Rheinprovinz und Westfalens an den Reichsfinanzminister.

Die Vertreter der Provinzen Rheinland und Westfalen im Reichsrat, Dr. Hamacher und Stadtrat Gilling, haben dem Reichsfinanzminister ein Schreiben zugehen lassen. Sie nehmen darin Bezug auf die Angaben des Reichsfinanzministers in einer Entwicklung der Haushaltslage des Reiches infolge des rückläufigen Steuereinkommens, wobei zum Ausdruck gekommen sei, daß diese Entwicklung in ihrer Rückwirkung auf Länder und Gemeinden noch gar nicht zu übersehen sei. Während Reich und Länder in ihrem Haushaltsausgleich fast bloß durch den Steuerausfall betroffen würden, komme bei den Gemeinden zum Steuerausfall noch die untragbare Belastung für den Unterhaltungsbedarf für die Wohlfahrtserwerbslosen hinzu.

Es bestreite die Befürchtung, daß diese doppelte verhängnisvolle Auswirkung der Finanzlage auf die Gemeinden von Reich und Ländern nicht zureichend erkannt und gewürdigt werde.

Zu dem auf mindestens etwa 550—600 Millionen Mark für 1932 geschätzten ungedeckten Fehlbetrag der Gemeinden träten die beträchtlichen ungedeckten Fehlbeträge aus Vorjahren in Höhe von rund 350 Millionen. Diese Fehlbeträge verteilen sich auf einige wenige Gemeinden und Gemeindeverbände, die durch die Auswirkung der Wirtschaftskrise in ihren Wohlfahrtserwerbslosenlasten und ihren steuerlichen Einnahmen besonders schwer betroffen seien.

Die westdeutschen Industriegebiete ständen unter diesen an erster Stelle.

Das Schreiben nimmt dann Bezug auf die in diesen Tagen erscheinende (von uns bereits gelegentlich der Wochenschrift „Die Finanzlage der Ruhrgebietsstädte“, in der ein erschlitterndes Tafelchen material über die Notlage der Städte des rheinisch-westfälischen Industriegebietes veröffentlicht wurde und betont, daß es

eine der dringendsten Aufgaben der Reichsregierung sei, schnellstens durch eine Entlastung der finanziell völlig zusammengebrochenen Gemeinden

von den Wohlfahrtserwerbslosenlasten den Haushaltsausgleich der Gemeinden zu sichern. Diese Entlastung müsse entsprechend der Vereinbarung der Reichsregierung bei Erlass der Notverordnung vom 14. Juni eine effektive Befreiung der Eigenleistung der Gemeinden und Gemeindeverbände in der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge auf höchstens 880 Millionen im Rechnungsjahr 1932 zum Ziele haben. Diese Begrenzung auf 880 Millionen habe aber durch den weiteren Steuerverfall ihre sachliche Be-

rechtigung auch schon längst verloren. Die inzwischen auf rund 2,4 Millionen angelaufene Zahl der gemeindlichen Wohlfahrtserwerbslosen und die dauernde Abnahme der Unterstützungen in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge machten einen finanziellen Ausgleich dringend erforderlich.

Obwohl die Reichsregierung für die wirtschaftliche Sicherung des Grundbesitzes des Ostens weitgehende Hilfsmassnahmen durch Bereitstellung großer Mittel durchführe, sei der Ruf des Westens nach einer durchgreifenden Hilfsmassnahme für die notleidenden Gemeinden bis jetzt seitens der Reichsregierung ungehört geblieben.

Durch die täglich wachsende Zahl der Unterstützungsbedürftigen werde auch die Zahl der nicht mehr zahlungsfähigen Gemeinden ständig größer.

„Wir unterbreiten, so heißt es zum Schluß, Ihnen das dringende Ersuchen, mit größter Beschleunigung geeignete Massnahmen der Reichsregierung herbeizuführen. Ihnen ist es bekannt, daß die Bevölkerung der Provinzen Rheinland und Westfalen eine durchgreifende Hilfe seit langem als vordringlich erwartet. Der Bevölkerung des Westens ist es aber auch bekannt, daß die Reichsregierung für die wirtschaftliche Sicherung des Grundbesitzes des Ostens weitgehende Hilfsmassnahmen auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verordnung durch Bereitstellung großer Geldmittel durchführt.

Dagegen ist der Ruf des Westens nach einer durchgreifenden Hilfsmassnahme für die durch die Wohlfahrtserwerbslosenlasten besonders notleidenden Gemeinden bis jetzt seitens der Reichsregierung ungehört geblieben.

Die jüngsten Verordnungen haben einerseits eine Verminderung der bisher schon geringen Unterstützungsätze gebracht, andererseits eine Mehrbelastung der minderbemittelten Schichten zur Folge. Durch die täglich wachsende Zahl der Unterstützungsbedürftigen wird auch die Zahl der nicht mehr zahlungsfähigen Gemeinden ständig größer.

Die geradezu katastrophale Finanzlage, vor allem der westdeutschen Städte und Gemeinden, macht es uns zur Pflicht, an Sie dieses Schreiben zu richten, zumal durch die Aussetzung der Reichsratsitzungen es uns unmöglich ist, als Vertreter unserer Provinzen unsere Vorstellungen im Reichsrat zu erheben.

Wir erwarten umgehende Massnahmen der Reichsregierung

und behalten uns vor, in der nächsten Reichsratsitzung unseren Standpunkt darzulegen.

Aus Münster und dem Münsterland.

Georg Ludwig Jochum Musikdirektor in Münster.

✱ Münster, 10. Oktober.

Aus dem Wettbewerb um den Generaldirektorposten in Münster ging der junge, erst 23jährige Georg Ludwig Jochum aus Augsburg, der Bruder des bekannten Berliner Rundfunkdirigenten Eugen Jochum, siegreich hervor. Sowohl der Theater- und Musikauschuss wie auch der Magistrat vollzogen seine Wahl einstimmig. Der junge Dirigent hinterließ bei seinem letzten Gastdirigentenkonzert in Münster einen äußerst starken Eindruck. Vor allem war die Wiedergabe der 7. Symphonie Bruckners so hervorragend, daß wohl gerade diese Leistung den Ausschlag für seine Wahl gegeben haben mag. Gollentisch gelingt es dem neuen Musikdirektor, die in Münster etwas im argen stehenden Chorverhältnisse zu ordnen und so die Vorbedingungen für ein geistreiches musikalisches Leben zu schaffen.

Tragisches Schicksal einer heimgekehrten Familie.

Brand eines Anwesens in Neuenkirchen.

✱ Rheine, 10. Oktober.

Am Sonntag in der Frühe ertönten die Brandstürzen des Anwesens des Ritters Silbers in Sürum. Hierum stand in hellen Flammen. Erst am Donnerstag der letzten Woche war der Ritter gestorben. Die Leiche stand noch aufgebahrt im Hause. Nachbarn, die das Feuer logisch bemerkt, eilten herbei, leisteten die erste Hilfe, brachten vor allem die Leiche in das Nachbarhaus und retteten dann Mobilien und Vieh. Als die schnell herbeigeeilte Feuerwehr von Neuenkirchen erschien, war nicht mehr viel zu retten, da das Feuer an den reichlichen Heu- und Strohvorräten gute Nahrung fand. Das Haus brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder. Das Feuer war zuerst in den Stallungen bemerkt worden. Die Entdeckungsurache ist bis jetzt noch völlig ungeklärt. Als besonders tragisch empfand man es, daß am kommenden Mittwoch die jüngste Tochter des verstorbenen Ritters ihre Hochzeit feiern sollte, die nun durch das doppelte Unglück verschoben werden muß.

✱ Münster, 10. Okt. Erste Hilfe für angeschlagene Schmuggler. — Zollbeamte werden Sanitäter. Der außerordentlich lebhafteste Schmuggel an der deutsch-holländischen Grenze erfordert schärfste Gegenmassnahmen. Die Zollbeamten verpflichten sich, bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen von der Waffe Gebrauch zu machen, kommt es leider mitunter zu Verletzungen von Schmugglern. Angehörige der notwendig gewordenen Beiräte der Schmuggelabwehr und der Zunahme der Fälle, in denen auch Schmuggler bewußt auftraten, muß mit Verwundungen gerechnet werden. Um den Verwundeten erste Hilfe laßgemäß leisten zu können, sind nunmehr Zollbeamte des Grenzaufsichtsdienstes in großer Zahl durch

Arzte der freiwilligen Sanitätskolonnen im Sanitätsdienst einbezogen und unterrichtet worden. Bei der praktischen Unterweisung wurde die Behandlung von Verletzungen und das Anlegen von Verbänden der verschiedensten Art, sowie das Schneiden von Verletzungen gelehrt. Ferner erlernte sich der Unterricht auch auf den richtigen Transport von Verletzten. Es steht zu hoffen, daß durch diese Massnahmen die Gefahren für Leib und Leben der beteiligten Bevölkerungstelle, wie auch der Zollbeamten selbst, auf das möglichste Mindestmaß eingeschränkt werden wird.

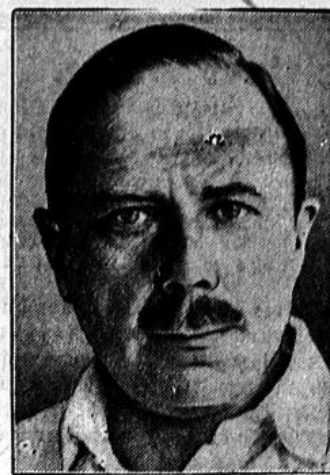
✱ Münster, 10. Okt. Personalnachrichten der Reichsbahn. Die Prüfung zum Reichsbahnassistenten haben bestanden: Die Stationsassistenten Hilrich in Bülbring, Krugmann in Langenberg (Westf.) und Joch in Bielefeld. Ernennung: Die Hauptassistenten Schmidt in Rheine, Bruns in Bentheim und Witte in Osnabrück zu op. Ab-Oberleitern; die ap. Betriebswertvorsteher Sixtus und Böhmke in Münster und Heppner in Rheine zu techn. Ab-Oberleitern; der ap. Führer Muldewitz in Rheine zum Lokomotivführer; die ap. Zugführer Gieseler in Kirchwehne und Gern in Osnabrück zu Zugführern; die Oberweidenwälder Holtmann in Münster und Rölke in Bielefeld zu Stellvertretern; Rottenaufer in Osnabrück in Salzbergen zum Rottenmeister. Versetzt: Reichsbahnrat Dr. Mah in Münster nach Erfurt zur W.D.; Reichsbahnrat Teubner von Erfurt nach Münster zur W.D.; ap. Ab-Oberleiter Schulz von Hiltrup nach Leer (Ostf.); ap. techn. Ab-Oberleiter Dehn von Norden nach Münster; Ab-Sekretär Arimont von Emden nach Osnabrück; die ap. Zugführer Böttger und Feldmann von Norden nach Emden; die Ab-Sekt. Assistenten Rolle von Norddeich nach Hiltrup, Werhof von Emden nach Dörpen, Beckharte von Münster nach Ibbenbüren; die Weichenwärter Brimmer von Rheine nach Meppen und Brodmann von Langenberg (Westf.) nach Bielefeld; Bahnhofsschaffner Wälte von Ahaus nach Emsdetten; Zugschaffner Grundmann von Rheine nach Weimern; die ap. Zugschaffner Terweg von Coesfeld nach Ahaus, Witthoff von Coesfeld nach Holtum, Rotters von Coesfeld nach Epe und Kuntz von Coesfeld nach Münster. In den Ruhestand versetzt: Ab-Sekretär Möhring in Leer, Ab-Oberleiter Klante in Münster, Ab-Sekretär Kell in Osnabrück, Betriebswertvorsteher Temme in Rheine, Ab-Assistent Verspohl in Münster, die Lokomotivführer Steinmann, Lampert, May und Quentin in Bielefeld in Osnabrück, Werkführer Sanders in Bielefeld, Stellvertretermeister Wewel in Salzbergen, Zugführer Spelmeyer in Osnabrück, Wagenmeister Brune in Osnabrück, Oberweidenwälder Blume in Osnabrück, die Oberweidenwälder Priort und Kabe in Osnabrück, die Weichenwärter Kottens in Gassel und Beder in Lemförde, Bahnhofsschaffner Cordes in Emsdetten, die Oberzugschaffner Feinrich Meyer II in Osnabrück und Eien in Emden, Oberzugschaffner Meyer in Emden, die Oberzugschaffner Hilshager und Keder in Dülmen und Jäger in Osnabrück, Bahnhofsschaffner Schröder in Bentheim, die Zugschaffner Schinke in Osnabrück, Seilen und Kramer in Rheine, Bahnhofsschaffner Smit in Laga. — Gestorben: Lokomotivführer Rodig in Kirchwehne.

✱ Münster, 10. Okt. Von der Provinzial-Gesellschaft. Die für den 11. bis 13. November in den geräumigen holländischen Ausstellungshallen in Hamm abgehaltene letzte große Provinzial-Gesellschaft des Bundes

des deutschen Geflügelzüchters (Provinzialverband Westfalen) wird auch von fast allen Sonder-Gesellschaftszweigen besucht werden und dazu noch eine stark Besichtigung mit Wirtschaftsgesellschaft. Außer lebenden Hühnern, Enten, Gänzen, Auerhähnen, Tauben usw. werden eine ausserordentliche Ausstellung Industrieprodukte, eine andere Abteilung für Produktionsverwertung (Eier, Schlachtgeflügel und Federn), wie auch eine besondere Abteilung für wirtschaftliche Aufklärung vertreten sein.

✱ Bielefeld, 10. Okt. Durch Feuer vernichtet wurde am Samstag morgen das in Osnabrück gelegene Mietshaus des Herrn S., das zur Zeit von der Familie Buskamp bewohnt wurde. Das Haus brannte bis auf die Umfassungsmauern nieder, obwohl die Feuerwehr schnell zur Stelle war. Nur wenige Möbelstücke konnten gerettet werden. Der Schaden soll, wie man hört, durch Versicherung gedeckt sein.

✱ Emsdetten, 10. Okt. 25 Jahre Schweineversicherungsverein. Der hiesige Schweineversicherungsverein, der über 600 Mitglieder zählt, feiert am Sonntag den Tag seines 25jährigen Bestehens. Er hat in diesen 25 Jahren mehr als 1200 Schadenereignisse reguliert und insgesamt 51 000 Mk. für verendete Schweine an seine Mitglieder gezahlt. Die Mitbegründer des Vereins, die Herren B. Weitz und B. Bockholtz, konnten gleichfalls ihr 25jähriges Jubiläum als Vorsitzender bzw. Schriftführer und Kassierer feiern.



Der neue Chef des Protokolls.

Rudolf Graf von Bassewitz, bisher Generalkonsul in Kallitua, wurde vom Reichspräsidenten zum Vortragenden Legationsrat mit der Amtsbezeichnung als Geheimes (Chef des Protokolls) ernannt.

Rundfunkübertragungen in gewerblichen Lokalen.

Das Reichsgericht hat dem Streit zwischen dem Reichsverband der Musikveranstalter Deutschlands und den Wertungsgesellschaften wegen der Tantiemepflicht der Lautsprecherübertragung von Rundfunkmusik in gewerblichen Betrieben durch seine Entscheidung vom 11. Juni d. J. endgültig ein Ende gemacht und dem Antrage der Musikveranstalter, daß eine Tantiemepflicht nicht besteht, entsprochen. Ein Wirt, der zur Unterhaltung seiner Gäste einen Lautsprecher einschaltet, hat es danach also nicht nötig, einen Genehmigungsvertrag mit den Wertungsgesellschaften abzuschließen. Unabhängig davon aber bedarf es für die Lautsprecherübertragung von Rundfunkmusik der Zustimmung der Sendebetriebe. Diese ist von der Reichsrundfunkgesellschaft vor reichlich 2 Jahren allen im Reichsverband der Musikveranstalter zusammengeschlossenen Verbänden

und Vereinigungen kostenlos, und zwar bis zum 31. Juli 1932, erteilt worden. Da inzwischen an die Stelle der früheren Rundfunkübertragungsbedingungen die Rundfunkgenehmigungsbedingungen des Reichspostministeriums getreten sind, hat die Reichsrundfunkgesellschaft ihre früheren Zustimmung entsprechend abgeändert: Die Reichsrundfunkgesellschaft hat namens sämtlicher deutschen Rundfunkgesellschaften die gemäß den Rundfunkgenehmigungsbedingungen vom 27. November v. J. zur gewerblichen Verbreitung der Darbietungen der Rundfunkgesellschaften erforderliche Zustimmung aller im Reichsverband der Musikveranstalter und Vereinigungen unter Vorbehalt jederzeitigen Widerrufs bis auf weiteres unentgeltlich erteilt. Die Zustimmung gilt für die gewerbliche Verbreitung von Rundfunkdarbietungen durch Lautsprecher. Der besonderen Einholung einer Erlaubnis bedarf es für die Mitglieder des Reichsverbandes der Musikveranstalter nicht.

Der Krieg im Gran Chaco.



Trotz Einschreitens der Großmächte wird der Kampf um den Besitz des Urwaldgebietes Gran Chaco zwischen Bolivien und Paraguay erbittert weitergeführt. Unser Bild zeigt zwei in Gefangenschaft geratene bolivianische Flieger-Offiziere (mit X bezeichnet), die unter militärischer Bedeckung nach Asuncion, der Hauptstadt von Paraguay, gebracht wurden.

Beginn der Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung.

✱ Berlin, 10. Oktober.

Die ersten regelmäßigen Lehrgänge des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung werden demnächst beginnen. In dreiwöchigen Kursen werden zunächst Hilfslehrer für den Geländeport herangebildet. Hierzu können von allen Verbänden, die sich zur Mitarbeit bereit erklärt haben, Teilnehmer vorgeschlagen werden. Durch die Teilnahme an den Lehrgängen sollen die Hilfslehrer befähigt werden, innerhalb ihrer Verbände die Ausbildung im Geländeport durchzuführen. Die Kosten der Lehrgänge auf den Geländeport trägt das Reichskuratorium. Unterkunft und Verpflegung sind für die Teilnehmer frei, ebenso wird Bekleidung und Ausrüstung den Lehrgangsteilnehmern vom Reichskuratorium gestellt. Vor Beginn eines jeden Lehrganges werden die Teilnehmer ärztlich untersucht und gegen Unfall und Haftpflicht versichert. Zu dem Lehrgangsteilnehmer gehören Geländeportliche Lehrgänge gehören Leibes- und Ordnungssübungen, Wanderungen, Segel- und Hörübungen im Gelände, Kartentlesen, Zurechtfinden im Gelände, Geländespiele und Kleintalierübungen.

Jede parteipolitische Betätigung ist verboten. Mit den Landesregierungen hat eine Besprechung über die Aufgaben des Reichskuratoriums für Jugendertüchtigung stattgefunden und, wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, die Zustimmung sämtlicher Landesregierungen ergeben. Das Reichskuratorium, das nicht die gesamte Arbeit zentral leiten kann, wird 12

Zweigstellen im Reichsgebiet einrichten, die die Aufgabe haben, sowohl mit den Landesregierungen und Landesbehörden als auch mit den Untergliederungen der Verbände enger Fühlung zu halten. Sie sollen ferner den Unterricht an den Geländeportschulen ihres Gebietes überwachen.

Der Reichsausschuss der Jugendverbände

hat seine Mitgliedsliste in acht große Untergruppen gegliedert; nur einige wenige Verbände sind in diese Gruppen nicht eingeordnet. Je eine solche Gruppe bilden die evangelischen und die katholischen Jugendverbände, die sozialistischen Jugendorganisationen und die berufständischen Jugendbünde, die Verbände für Leibesübungen und die Bünde der freien Jugendbewegung. Die politischen Parteijugendorganisationen bilden zusammen eine Gruppe der sozialistischen Verbände, und in einer Gruppe findet sich eine Reihe von Jugendverbänden zusammen, die sich selber als „volksbürgerliche Gruppe“ bezeichnen.

Die weitaus an Mitgliederzahlen stärkste Gruppe ist naturgemäß die Gruppe der Verbände für Leibesübungen, die über 1 600 000 Anhänger hat. Elf verschiedene Jugendorganisationen gehören dieser Gruppe an; neben den Jugendgruppen der Deutschen Turnerschaft, des Deutschen Fußballverbandes, des Deutschen Schwimmverbandes usw. sind hier die großen konfessionellen Sportverbände — der evangelische Eichenkreuzverband mit über 200 000 und die katholische „Deutsche Jugendkraft“ mit 500 000 Mitgliedern — zu vermerken.

Zur Bereitung vorzüglicher Fleischbrühe nimmt man

MAGGI'S
Fleischbrüh-Würfel

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

× Berlin, 10. Oktober.

Infolge des hohen künftigen Festpreises für den neuen Wochensatz auf ein Minimum zusammen. Die Stimmung war aber trotz der diesjährigen niedrigeren Kurse als durchschnittlich zu bezeichnen, da eine ganze Reihe eher anregender Momente vorlag.

Der Bericht des Stahlwerksverbandes für Monat September lautet recht hoffnungsfreudig und sprach außerdem davon, daß schon auf einigen Marktgebieten eine leichte Absatznahme zu verzeichnen war. Gewisse Erwartungen werden naturgemäß an den Eingang der Reichsbahnfrüchte geknüpft.

Recht befriedigend war auch der Reichsbahn-Ausweis für die erste Oktoberwoche.

Die Kursgestaltung selbst war heute stark vom Zufall abhängig. Die Veränderungen hielten sich aber in engen Grenzen und betragen zum Teil bis zu 1 Proz. In seltenen Fällen bis zu 2 Proz. Etwas härter gedrückt lagen Orenstein u. Koppel, Maschinenbau, Siemens, AEG, Rheing. u. A. für Verkehrswerte, während Elektrizitätswerte, Schiffbau, Gas- und Hotelbetriebsgesellschaften fester blieben. Bei letzteren regte die geplante Übernahme der Aktien der Hotelbetriebsgesellschaften an, da hierdurch eine Zusammenfassung der Berliner Hotelinteressen gegeben wäre.

Im Verlaufe blieb das Geschäft klein, die Abschlüsse unbedeutend. Röhren fielen durch einen Proz. Gewinn auf. Deutsche Anleihen im allgemeinen nur wenig verändert. Altschuldenschein wurden heute erstmals mit 4,75 wieder notiert. Reichsschuldenscheine blieben ruhig, Renten lagen ruhig und kaum verändert. Für Schatzgeldscheine bestand an anstehendem Kurs weiter Interesse. Ausländer blieben sehr ruhig, verlangte Rumänen lagen schwach.

Am Berliner Geldmarkt hat die Gesamtlage sich heute nicht verändert. Die Sätze blieben mit 4 Proz. für Tagesgeld an der unteren Grenze — nur ganz vereinzelt war zu 4,25 Proz. anzukommen — und mit 5-7 Proz. für Monatsgeld unverändert.

Entlastung der Reichsbank.

× Berlin, 10. Oktober.

Nach der Anspannung zum Vierteljahreswechsel hat die erste Oktoberwoche der Reichsbank bereits wieder eine starke Entlastung gebracht, die mit rund 223 Mill. nahezu die Hälfte der Anspannung in der Vorwoche ausmacht. Diese Entlastung kommt in erster Linie dem Lombardkonto zugute, das um 140 Mill. auf 101,5 Mill. zurückgegangen ist. Der Wechsel- und Scheckbestand sank um 82 auf 2910 Mill. An Scheckentwürfen flossen 22 Mill. in die Reichsbank zurück. Der Notenumlauf ging um 136 auf 3618 Mill. zurück. Gold erhielt eine leichte Stärkung um 20000 M. Der Bestand an bedruckbaren Scheinen lag um 1,9 Mill. Das Deckungsverhältnis ging von 24,7 auf 25,7 v. H. heraus gegen 25,1 v. H. zur gleichen Zeit des Vormonats.

Reichsausschuss der Kraftverkehrswirtschaft.

Der Reichsausschuss der Kraftverkehrswirtschaft (Kraftverkehrskammer KVK), Berlin, fordert eine Senkung der steuerlichen Lasten mit sofortiger Wirkung, da zu befürchten sei, daß im bevorstehenden Winter die Zahl der Kraftfahrzeuge auf 400 000—500 000 Fahrzeuge, d. h. ein Drittel des deutschen Kraftfahrzeugbestandes erreicht. Wenn dem Antrag auf Steuererleichterung entsprochen würde, könnten die meisten der sonst abgemeldeten Fahrzeuge den Winter über in Betrieb bleiben und dadurch ein großer Teil des Ausfalles gedeckt werden, der durch eine Ermäßigung der Steuer entfielen. Von den zuständigen Stellen müsse erwartet werden, daß sie auch der Kraftverkehrswirtschaft eine Entlastung andeuten lassen, nachdem dieser in den letzten Jahren schwere Lasten, zum Teil durch Subventionierung einzelner Wirtschaftszweige aufgebürdet worden seien.

Preisverhöhung für Autotreibstoffe.

× Berlin, 10. Oktober.

Für alle Autotreibstoffe tritt ab morgen eine Preisverhöhung um zwei Pfennig je Liter für das ganze Reichsgebiet in Kraft. Künftig werden z. B. in Berlin die

Ritterpreise für Benzin 85, für Gemische 89 Pfennig und für Benzin 46 Pfennig betragen. Für Hamburg lauten die entsprechenden Preise 84, 88 und 45 Pfennig, für Breslau und München 88, 42 und 48 Pfennig und für Köln 37, 41 und 47 Pfennig.

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat.

Die Umsätze für den Monat September sind mit 8,97 M. (i. Vormonat 8,92 M.) je Tonne umlagepflichtigen Ablasses erhöht. Unter Berücksichtigung des umlagefreien Teiles der Verbrauchsbeteiligung stellt sich die Umsätze je Tonne Ablass auf Verbrauchsbeteiligung auf 1,84 (1,82) M.

Montan-Bilanz.

Flotow für Verwaltungs-Abbau.

Nach liegt der Bericht des Reichstreuhänders von Flotow über sein Studium der Gesteinskörner Bergwerks-AG und der ihr nachfolgenden Montanbetriebe nicht vor. Daher ist es begreiflich, daß verschiedene Besarten über das Ergebnis der Prüfung kursorisch. Uebereinstimmend verlautet nur, daß die Feststellungen in ihrer Gesamtheit keineswegs ungünstig sind.

Kreise, die mehr oder weniger an der Prüfung interessiert sind, wollen wissen, daß besonders die technische Verfassung der Vereinigten Stahlwerke, vor allem ihre Kohlenbergwerke und Hütten, gerühmt wird. Dagegen soll die Verwaltung des Stahlvereins infolge ihrer unrationellen Lebensführung zu erheblichen Beanstandungen Anlaß geben.

Neuer Auftragsauftrag für die Eisenverbände.

Der Stahlwerksverband hat einen Auftragsauftrag über 40 000 Stabeisen und 15 000 Halbzeug und Formeisen für sofortige Lieferung erteilt. Eine Berechnung dieses Auftrags auf den noch nicht ganz abgewickelten 100 000-Stabstahl in Qualitätsmaterial erfolgt nicht.

Gründung einer neuen Textilfabrik in Holland.

In Sittard in der Provinz Limburg ist eine neue Textilfabrik, die N.V. Tricotagefabrik Sittard, mit einem Kapital von 800 000 fl. von denen 200 000 fl. in bar eingezahlt worden sind, errichtet worden. Gründer sind zwei in Sittard ansässige Fabrikanten Hermann und Robert Wier, die auch den Vorstand der neuen Gesellschaft bilden.

Industrie-Auswanderung auch in USA.

Die belgische Ausgabe der amerikanischen Fabrikannten, die die hohen Zollmauern umgeben und ihre Fabriken nach Kanada verlegen, macht sich bereits in der amerikanischen Auswanderung bemerkbar. In Regierungskreisen berät man zur Zeit über Maßnahmen, um, besonders gegen die Firmen vorzugehen, die nicht nur ihre Exportproduktion nach Kanada verlegen, sondern sogar ganz übergehen. Ihre amerikanischen Fabriken zu schließen und den amerikanischen Markt auch mit den in Kanada hergestellten Waren zu versorgen.

Vor einer neuen englischen Konvertierungsanleihe.

× London, 10. Oktober.

Die englische Regierung kündigt die Auslegung einer neuen Konvertierungsanleihe von 150 Mill. Pfund in Schatzamtsbonds zu 2 Proz. Zinsen, amortisierbar von 1935 bis 1938, an. Die Beträge der 4,5 Proz. Schatzanleihe 1932-34, deren Amortisierung zum Ende dieses Jahres bereits angekündigt worden ist, können ihre Anleihefälligkeit ganz oder teilweise gegen neue 2 Proz. Bonds konvertieren. Die Zeichnungssliste wird spätestens am Mittwoch, die Konvertierungsliste am kommenden Montag geschlossen.

Kraftverkehr gegen gebührenpflichtige Autostrecken.

Zu den wieder aufgetauchten Bemühungen, im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms den Bau großer Automobilstraßen durchzuführen, deren Benutzung nur gegen Bezahlung gestattet sein soll, stellt der Reichsausschuss der Kraftverkehrswirtschaft folgende Erwägungen an: Bei dem in derartigen Bauten angelegten Kapital — man werden den laufenden Kilometer keinesfalls unter 250 000 M. herstellten können — würde das von den Kraftfahrern aufzubringende „Chauffagegeld“ etwa dem Preis für eine Eisenbahnfahrkarte 3. Klasse entsprechen. Eine derartige Regelung erscheint als untragbar. Durch solche Bauten würden dem Ausbau des vorhandenen Straßennetzes in unzulässiger Weise Mittel entzogen.

Das Echo der Kontingentierungspolitik.

Die Veröffentlichungen über die deutschen Kontingentierungspläne und die hierauf begonnene Rundreise einer deutschen Handelskommission in den beteiligten Ländern haben im Ausland ein Echo gefunden, das zum mindesten zeigt, daß neben den materiellen Schwierigkeiten auch psychologische Fehler von deutscher Seite begangen worden sind, die es der Wirtschaftspolitika der mit Deutschland konkurrierenden Länder — erinnert sei an die Rundreise des Prinzen von Wales in Skandinavien — leicht machen werden, den deutschen Handel noch mehr zu diskreditieren als es ohnehin schon geschehen ist.

In Holland ist es der deutschen Regierung übel vermerkt worden, daß sie zu den Kontingentierungsverhandlungen nicht den Leiter der deutschen Außenhandelspolitik entsandt hat. — Die schwedische Presse verurteilt nicht, einmütig die Schwäche einer aktiveren Politik in den Außenhandelsbeziehungen aufzuweisen. Es wird ein harter Druck auf die Regierung ausgeübt, die deutsche Frage im Rahmen der Oslo-Konvention zu unterwerfen.

In einer Eingabe an die Reichsregierung weist die Deutsche-Dänische Wirtschaftsvereinigung erneut darauf hin, daß die Einfuhr dänischer Erzeugnisse bereits seit dem vorigen Jahre in einer Weise gedrosselt worden ist, daß die geplanten Kontingentierungsmassnahmen zur völligen Unterbindung des Handelsverkehrs der beiden Länder und damit zu einer außerordentlichen Schädigung der deutschen Industrie führen müßten. Schon jetzt seien als Auswirkung des Butterkrieges deutsche Erzeugnisse von dem früher so aufnahmefähigen dänischen Markt durch England fast verdrängt. Die englische Industrieausstellung in Kopenhagen habe durch das Entgegenkommen der dänischen Zolltariforgane, das für die Ausstellung erteilte Aufträge und Sonderzölle für Einfuhrerzeugnisse erteilt, einen starken Erfolg gehabt. Die ausstellenden englischen Firmen konnten Millionen an Aufträgen buchen, die zum größten Teil eigentlich deutschen Lieferanten zugehört hätten. Die Durchführung der von der Reichsregierung beschlossenen Maßnahmen würde weder der deutschen Industrie noch

der Landwirtschaft Vorteile bringen, sondern lediglich weitere Schrittmacherdienste für England bedeuten, das auf dem besten Wege sei, ein Außenhandelsmonopol für den dänischen Markt zu erhalten.

Der Zweverband der niederländischen Industrie- und Handelskammern richtete an den Reichsanwalt ein Telegramm, in dem darauf hingewiesen wird: Gerade dem niederländischen Gebiet, in dem die Ausfuhrinduzien und die damit verbundenen Gewerbe Taxen von Arbeitern heute noch Brot geben, wird durch eine weitere um sich greifende Abkündigung der deutschen Produkte im Ausland ein schwerer Schlag zugefügt, die Arbeitslosigkeit entgegen dem so freudig begrüßten Grundgedanken des Reglerungsprogramms nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Auch der Landwirtschaft, deren Notlage der Zweverband stets anerkannt hat, ist letzten Endes nicht damit gebiet, daß die Kaufkraft des härtesten Verbrauchsgebiets in Deutschland noch weiter geschwächt wird.

Der Eisen- und Stahlwaren-Industrie- und Handelsverband hat in einer Eingabe an das Reichswirtschaftsministerium auf die Gefahren hingewiesen, die die Kontingentierungspolitik für die deutsche Ausfuhr, in erster Linie von Eisen- und Stahlwaren, in sich birgt. Zahlreiche, am Auslandsverkehr maßgeblich beteiligte Industrieunternehmen berichten über den Abbruch von Geschäftsverbindungen durch das Auslands, Zurückziehung von Aufträgen und die Ankündigung von Abwehrmaßnahmen. Das läßt für die weitere Entwicklung der Exportbedingungen der deutschen Eisen- und Stahlwarenindustrie die schlimmsten Folgen befürchten.

All diesen Stimmen gegenüber gibt es vereinzelt auch andere, die da meinen: „Anstatt daß die Firmen, Wirtschaftsverbände und Handelskammern über die Preise das holländische Feuer schüren, sollten sie in ihren Mitgliedschaften der deutschen Wirtschaft und eine aktive Abwehrfront organisieren. Nur auf diese Weise vermögen wir die Macht und das Ansehen Deutschlands in der Welt zu stärken und dem Gesamtinteresse unseres Volkes, das die Einzelinteressen einschließt, zu dienen.“

gen, auch wenn sie durch ausländische Anleihen begahnt würden. Solange das vorhandene Straßennetz sich in einem so unbefriedigenden Zustand befindet, wie es infolge der ungünstigen Finanzlage der Straßenunterhaltungsgesellschaften gegenwärtig der Fall ist, mußten alle verfügbaren Mittel auf dessen Ausbau verwandt und es dürfte auch die Möglichkeit, hierfür Anleihen zu erhalten, nicht durch private Straßendauten vermindert werden, welche ebenfalls die Beschaffung von Geldmitteln nötig machen würden.

Ermäßigung der Zinkblechpreise.

Der Zinkblechwerkverband GmbH, Berlin, hat den Grundpreis für Zinkblech mit Wirkung ab 10. Oktober um 1 M für 100 kg ermäßigt.

Preisermäßigung für Messing.

Der Zentralverband der deutschen Metallwarenfabrikanten und Hüttenindustrie teilt folgende Preisermäßigungen seiner Verkaufspreise ab 10. Oktober mit: Messing: Bleche 102 (außer 103), Stangen 83 (84), Röhre 116 (117), Kronenröhre 124 (125).

Märkte.

Berlin, 10. Okt. Elektrolytkupfer (Wirebars) 55,25 M für 100 kg netto c/o Hamburg, Bremen oder Rotterdam.

London, 10. Okt. Metalle (Anfangsnoteierungen in £ je Tonne): Kupfer Kassa 81½, 3 Mon. 81,75, Elektrolyt Kassa 80, 3 Mon. 79, Zinn Kassa 147,5, 3 Mon. 149, Silber ruhig, Gold 119,70.

London, 10. Okt. Metalle (zweite Notierung in £ je Tonne): Kupfer Kassa 81½, 3 Mon. 81,75, Elektrolyt Kassa 80—00, Zinn Kassa 148, 3 Mon. 149,25, ausländisches Blei, nahe Sichten 11½, entfernte 12½, gewöhnlich Zink, nahe 14,5.

Eisener Schlachtwirtschaft.

× Essen, 10. Okt. Auftrieb: Großvieh 821, Ochsen 47, Bullen 245, Kühe 170, Ferkel 64, Rinder 433, Schafe 72, Schweine 2598, Ferkel 95, Marktverlauf: Großvieh ruhig; Rinder flott; Schafe und Schweine mittel. Es folgten: Ochsen: a) 30—32, b) 27—29; Bullen: a) —, b) 22—24, c) 20—21, d) 17—19; Kühe: a) 28—30, b) 24—27, c) 20—23, d) 17—19; Ferkel: a) 30—32, b) 27—29, c) 24—26; Ferkel 18—22; Rinder: a) 60—70, b) 50—54, c) 48—52, d) 32—38; Schafe: a) 30—32, b) 24—28, c) 18 bis 23; Schweine: a) —, b) 45—47, c) 44—47, d) 40—44, e) 38—40, f) —, g) 32—42.

Eisfelder Schlachtwirtschaft.

× Eisfeld, 10. Okt. Auftrieb: a) am Markttage: 533 Großvieh, hieron 247 Ochsen, 83 Bullen, 207 Kühe, 70 Ferkel, 405 Rinder, 29 Schafe, 2897 Schweine, 126 Ferkel; b) seit dem letzten Markt dem Schlachthof direkt zugeführt: 12 Schafe, 80 Schweine, 2 Rinder, 9 Bullen.

Amhl. Produktnotierungen in Berlin am 10. Okt. 1932.

Getreide und Mehl		Ölsaat und Öl		Sonstige	
10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.
Weizen märk. neue Frühl.	—	Weizenmehl	—	—	—
Oktob.	216—157	Roggenmehl	—	—	—
Dezember	216—157	Ferkel	—	—	—
März	216—157	Weizenkleie	—	—	—
Tendenz	—	Roggenkleie	—	—	—
Roggen märk. neue Frühl.	—	Raps	—	—	—
Oktob.	167	Leinöl	—	—	—
Dezember	168½—67½	Leinölalt	—	—	—
März	171½—171	Viktoriaerbs	22—25	22—25	—
Tendenz	—	Kaltspieserbs	14—17	14—17	—
Gerste	—	Soyaebohnen	—	—	—
Bräugerste	—	Peluchsen	—	—	—
Futtergerste	—	Ackerbohnen	—	—	—
Wintergerste	—	Wicken	17—20	17—20	—
Tendenz	—	Lupinen blau	—	—	—
Hafer märk.	—	gelbe	—	—	—
Oktob.	—	Seradella alt	—	—	—
Dezember	—	Rapskuchen	10,3—10,6	10,3—10,6	—
März	—	Leinkuchen	9,2—9,5	9,2—9,5	—
Tendenz	—	Trückerkuchen	10,5	10,5	—
Malz Waggton	—	Soyaöl	11,3	11,3	—
frei ab Hamburg	—	holländisch	—	—	—
Tendenz	—	Speisekartoffeln weiße	1,15—1,25	—	—
Speisekartoffeln, rote	—	Speisekartoffeln, rote	1,15—1,25	—	—
Odenwälder, blaue	—	Andere Getreide	1,40—1,50	—	—
Andere Getreide	—	Weizenanfuhrschine	—	—	—
—	—	Weizenanfuhrschine	—	—	—
—	—	Roggenanfuhrschine	—	—	—
—	—	Roggenanfuhrschine	—	—	—
—	—	Roggenanfuhrschine	—	—	—
—	—	Gerstebezugsschine	—	—	—
—	—	Malzbezugsschine	—	—	—

Die schönsten Automobile

von höchster Qualität kaufen Sie sehr preiswert bei uns. Von 4—14 Steuer-PS., 4 und 8 Zylinder, Personen- und Lastwagen stets am Lager.

Verlangen Sie Prospekt 11. Günstige Zahlungsbedingungen.

Fischer & Co., Münster i. W.

25. Wohlfahrts-Geld-Lotterie

Ziehung am 21. u. 22. Okt. 1932.

Nur Bar-Gewinne ohne Abzug zahlbar.

2892 Gewinne und 2 Prämien im Gesamtbetrage von

RM 15000,-

Höchstgewinn 8000,-

1 Hauptgewinn 5000,-

1 Prämie 2000,-

Wohlfahrts-Geld-Lose . . . 50 Pfg.
Glücksbriefe 10 Lose 5,00 M.
(Porto und Liste 40 Pfg. extra).

Versand nur gegen Nachnahme.

Anzahlungsverwaltung der Zeno Münster.

Salzstraße 336 Postfachnummer Dortmund 2872.

Milchverwertungsanlage und Kartoffeldämpfer

1 Zentrifuge, 1 Butterfaß, 1 Butterkneten mit Elektromotor und Dampfverwager, Stielmaler, Kammrührer, Kammrührer für 15—20 Kannen und einen Kartoffel-Dämpfer zu verkaufen. Die Sachen sind gebraucht aber gut erhalten. Preisverhandlung möglich.

Näheres: Wilhelm Salme, Salme'sches Domänenamt Bocholt i. W.

Herbin-Stodin

unübertroffen bei starken Kopfschmerzen

Rheuma, Muskel- u. Nervenschmerzen, Gicht, Migräne, Verkrampfungen, Zahnschmerzen, Verkrampfungen, Zahnschmerzen, Verkrampfungen, Zahnschmerzen.

H. O. ALBERT WEBER, MADEBÜRO

Guterhaltene Automobile

kaufen Sie bei günstigen Zahlungsbedingungen am billigsten bei

Fischer & Co., Münster i. Westf.

Telephon 23644/23645

8 Kühe, 1 Rind. Es folgten: Ochsen: a) 28—31, b) —, c) 25—28, d) —, e) 20—24; Bullen: a) —, b) 22—24, c) 19—21; Kühe: a) 28, b) 28—25, c) 18—22, d) 12—17; Ferkel: a) 28—30, b) 24—27, c) 20—23; Ferkel: 18—20; Rinder: a) —, b) 50—53, c) 40—49, d) 30—39; Schweine: a) 46—47, b) 46—47, c) 42—46, d) 42—46, e) 39—41, f) 35—38, g) 42—48. Marktverlauf: Großvieh sehr langsam; Rinder und Schweine mittel. Der Markt in Großvieh wurde nicht geräumt.

Düsseldorfer Schlachtwirtschaft.

× Düsseldorf, 10. Okt. Auftrieb: Ochsen 114, Bullen 53, Kühe 121, Ferkel 60, Rinder 375, Schafe 2, Schweine 2753. Es folgten: Ochsen: a) 30—33, b) 26—29, c) 22 bis 25; Bullen: a) —, b) 22—25; Kühe: a) 27—30, b) 23—26, c) 18—22; Ferkel: a) 29—31, b) 26—28, c) 22 bis 25; Rinder: a) —, b) 50—56, c) 42—49, d) 30—40; Schweine: a) —, b) c) 44—49, d) 42—47, e) 40—43, f) 35—38, g) 35—39. Marktverlauf: Großvieh: Rinder mitelmäßig; Schweine mittelmäßig zum Schluß abflauend.

Frankfurter Schlachtwirtschaft.

× Frankfurt, 10. Okt. Auftrieb: 4598 Schweine. Es folgten: a) 45—47, b) 43—47, c) 42—46, d) 40—43. Marktverlauf: mittelmäßig, geringer Ueberstand; Fett-schweine Klasse II über Notiz.

Bremen: Baumwolle (amtlich)		10. 10.		8. 10.	
10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.
loco	7,80	—	—	—	—
Oktob.	7,77	7,82	—	8,02	7,85
Dezember	7,74	7,70	—	8,00	7,84
Januar	7,73	7,61	7,83	8,00	7,83
März	7,74	7,62	7,82	8,02	7,82
Mai	7,63	7,61	8,03	8,03	7,82
Juli	—	—	—	—	—

Liverpool: Baumwolle

10. 10.		8. 10.		10. 10.		8. 10.	
10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.
loco	8,55	8,55	—	—	—	—	—
Oktob.	8,51	8,50	—	—	—	—	—
November	8,56	8,53	—	—	—	—	—
Dezember	8,54	8,51	—	—	—	—	—
Januar	8,53	8,50	—	—	—	—	—
Februar	8,53	8,50	—	—	—	—	—
März	8,53	8,50	—	—	—	—	—
April	8,53	8,51	—	—	—	—	—
Mai	8,53	8,52	—	—	—	—	—
Juli	—	—	—	—	—	—	—

Liverpool: Ostindische Baumwolle

10. 10.		8. 10.		10. 10.		8. 10.	
10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.
loco	5,40	5,40	—	—	—	—	—
Brook F. G. (Good Staple)	5,40	5,40	—	—	—	—	—
M. G. Punjab/American F. G.	5,06	5,06	—	—	—	—	—
Cent. Provinces Oomra N. 1	5,28	5,28	—	—	—	—	—
Bengal F. G.	4,37	4,37	—	—	—	—	—
Bengal Superfine	4,37	4,37	—	—	—	—	—
Blad F. G.	4,37	4,37	—	—	—	—	—
Sind Superfine	4,37	4,37	—	—	—	—	—

New Orleans: Baumwolle

10. 10.		8. 10.		10. 10.		8. 10.	
10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.	10. 10.	8. 10.
loco	8,65	8,65	—	—	—	—	—
Oktob.	8,63	8,61	—	—	—	—	—
November	8,64	8,61	—	—	—	—	—
Dezember	8,64	8,61	—	—	—	—	—
Januar	8,61	8,61	—	—	—	—	—
Februar	8,61	8,61	—	—	—	—	—
März	8,61	8,61	—	—	—	—	—

New York: Baumwolle

Stückzahl	3000
Hafen	2900
a	-
	10000
	10000
Kontingent	20000
China	11000
Mark gepr. Ballen	-